

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 14.06.2016

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: 18.30 – 18.55 Uhr

Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Brücher

Frau Gorsler

Herr Kaufmann

Herr Pieplau

Herr Schmalen

bis 19.40 Uhr

CDU

Herr Copertino

Frau Jansen

Herr Jung

Frau Schellong

Herr Weber

Vorsitz

bis 18.30 Uhr

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood

Frau Kloss

Frau Mann

bis 19.50 Uhr

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic

Herr Buschmann

Frau Huber

Herr Klein

Integrationsrat

FDP-Fraktion

Seniorenrat

Psychiatriebeirat

von 17.20 Uhr - 19.40 Uhr

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Dr. Delius

Frau Schulz

Herr Fliege
Frau Grewe
Herr Burkat

Herr Maschmeier
Herr Metzger
Herr Hagedorn
Frau Beckmann-Schönwälder
Herr Linnenbürger

Gäste:

Herr Korbmacher

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
Dezernat 3
Gesundheits-, Veterinär- und Lebens-
mittelüberwachungsamt
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Bürgeramt
Integrationsbeauftragte
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Bürgeramt
Bauamt
Bauamt
Stab Dezernat 5
Stab Dezernat 5

AGW

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Beigeordneter Herr Nürnberger eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er teilt mit, dass die Vorsitzende Frau Dr. Ober und die stellvertretende Vorsitzende Frau Brandtner verhindert seien. Nach § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates wählen die Ratsmitglieder, hier Ausschussmitglieder, unter dem Vorsitz des an Lebensjahren ältesten Ausschussmitgliedes (Ratsmitglied), für die Dauer der Verhinderung, eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden aus ihrer Mitte.

Die Verwaltung schlägt vor, dass nicht nur unter dem Vorsitz von Herrn Jung ein Vorsitzender gewählt wird, sondern dass Herr Jung für die Dauer der Sitzung den Vorsitz übernimmt.

- einstimmig beschlossen -

Herr Jung stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht. In diesem Zusammenhang verweist er auf die eingegangenen Anfragen und die von der Verwaltung verteilten Tischvorlagen.

Auf Wunsch einiger Mitglieder bittet er um die Zustimmung zu einer Sitzungsunterbrechung um 18.30 Uhr, so dass die Teilnahme an der Mahnwache anlässlich des Terroranschlages in Orlando/USA ermöglicht werden könne.

Die Anwesenden sind einverstanden.

Zu Punkt 1**Verpflichtung von Frau Daniela Kloss (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) als neues Mitglied im SGA**

Herr Jung begrüßt Frau Kloss als neues stimmberechtigtes Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und verpflichtet sie nach folgender Formel mit Handschlag:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werden.“

-.-.-

Zu Punkt 2**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 14. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 05.04.2016****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 14. Sitzung des So-

zial- und Gesundheitsausschusses am 05.04.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Schuldnerberatung - Verteilung der Mittel aus dem Fonds des Sparkassen- und Giroverbandes für das Jahr 2016

Der SGA nimmt die mit der Einladung versandte Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 Vergabe von Projektmitteln im Rahmen des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld

Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf die als Tischvorlage verteilte Mitteilung über die bewilligten Anträge (**Anlage 1**).

Frau Bußmann bittet darum, zukünftig auch über die abgelehnten Anträge zu informieren. Die Verwaltung sagt eine entsprechende Erweiterung zukünftiger Mitteilungen zu.

Zu Punkt 3.3 Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von behinderten Menschen in Bielefeld am 10.05.2016

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über den vom Bielefelder „Aktionsbündnis 5. Mai“ veranstalteten Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in Bielefeld (**Anlage 2**). Die Forderung nach barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum sei ein zentrales Thema gewesen.

Folgende Themen bzw. Forderungen seien u. a. von den Betroffenen angesprochen bzw. erhoben worden:

- Wohnen wie alle wohnen
- Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, nicht nur in der eigenen Wohnung
- Barrierefreien Wohnraum für alle Lebenslagen
- Barrierefreie Wege in unserer Stadt
- Keine aussichtslosen Umzugsaufforderungen
- Eine gute Anbindung mit Bus und Stadtbahn auch in den Randgebieten der Stadt

Aufgrund der städtebaulichen Aspekte in den Forderungen bittet Herr Pieplau, auch den Stadtentwicklungsausschuss darüber zu informieren.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Gemeinsamer Workshop von SGA und Kommunalen Gesundheitskonferenz

Beigeordnete Frau Ritschel teilt mit, dass zur Fortschreibung der Gesundheitsziele wieder am 26.10.2016 ein gemeinsamer Workshop von SGA und Kommunalen Gesundheitskonferenz geplant sei. Sie bittet die Mitglieder, sich den Termin bereits jetzt vorzumerken. Nähere Informationen würden in der nächsten Sitzung mitgeteilt.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Erweiterung der Kapazitäten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie (Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.06.2016)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3363/2014-2020

Frau Dr. Delius erläutert die Antwort der Verwaltung (**Anlage 3**). Sie führt ergänzend aus, dass der Kreis Minden-Lübbecke die Plätze in Bad Salzuflen mit seinem anerkannten Plätzebedarf aufstocken möchte. Bisher lehnt das Land diesen Wunsch ab, weil eine wohnortnahe Versorgung somit nicht gewährleistet würde. Zeitnah sei ein Gespräch zwischen den Kreisen und dem Ministerium geplant, um die Angelegenheit zu erörtern. Von Seiten der Kreise sei bereits die Beschreitung des Klageweges signalisiert worden, wenn das Land von seiner Auffassung nicht abweiche. Es könnte daher noch einige Zeit dauern, bis für Bielefeld eine verbindliche Regelung getroffen werde.

Frau Gorsler äußert sich sehr erfreut über die Planungen des Landes, für die Stadt Bielefeld eine kinder- und jugendpsychiatrische Fachabteilung vorzusehen. Sie fordert, dass die Stadt Bielefeld eine Stellungnahme zu den Bedarfsfeststellungen des Landes abgeben möge. Beigeordnete Frau Ritschel legt dar, dass die Stadt Bielefeld hier zurückhaltend agiere. Die Planung seitens des Landes sei für Bielefeld sehr zu begrüßen. Allerdings habe man im Rahmen der bisherigen Kooperation mit den anderen Kreisen sehr gut zusammengearbeitet. Man wolle jetzt keine Konkurrenz aufbauen, sondern eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung erreichen. Frau Gorsler teilt die Bedenken nicht, da es sich um eine allg. Kapazitätsaufstockung aufgrund steigender Bedarfe handele. Beigeordnete Frau Ritschel bezweifelt, dass das Land diese Auffassung so teile.

Herr Weber vertritt die Auffassung, dass eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung nur im Rahmen von Kooperation mit den umliegenden Kreisen und in Absprache mit dem Land erzielt werden könne. Unabhängig davon dürfe die Versorgung für Bielefeld nicht aus dem Blick verloren gehen.

Frau Dr. Delius macht deutlich, dass der Bedarf für Bielefeld nicht zur Diskussion stehe, aber eine endgültige Entscheidung erst zu erwarten

sei, wenn die Situation mit Minden-Lübbecke geklärt sei.
 Herr Hood begrüßt das Ansinnen, eine einvernehmliche Entscheidung zu treffen. Die Klärung im Rahmen eines Klageverfahrens wäre für die Sache nicht förderlich.
 Frau Bußmann bittet um die Wahrung der Bielefelder Interessen, so dass auch einkommensschwachen Eltern, deren Kinder eine psychiatrische Betreuung benötigen, eine wohnortnahe Unterbringung des Kindes ermöglicht werden könne.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.2 **Erfahrungen mit der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 07.06.2016)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3364/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 4**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Wildtiere im Zirkus (Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 29.04.2016)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3176/2014-2020

Gemeinsamer Beschlussvorschlag von Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten

Herr Jung verweist auf den als Tischvorlage verteilten gemeinsamen Beschlussvorschlag der aufgeführten Fraktionen.

Frau Gorsler begründet den Antrag mit einem immer größer werdenden Bewusstsein bei den Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich des Artenschutzes bei Wildtieren. Das Tierschutzgesetz sei diesbezüglich nicht eindeutig. Andere Kommunen hätten bereits Beschlüsse gefällt, in denen ihre Zurückhaltung bei der Flächenvergabe an Zirkusse mit Wildtieren deutlich werde. Aufgrund der noch nicht ganz eindeutigen Rechtslage, verweist sie auf den vorgelegten gemeinsamen Beschlussvorschlag.

Herr Weber erläutert die Unterstützung des Antrages dahingehend, dass unter dem Aspekt, dass Zirkusse mit Tieren bereits jetzt von den Kom-

munen kontrolliert würden und eine bundeseinheitliche Regelung fehle, mit diesem Beschluss eine artgerechte Tierhaltung und der Tierschutz berücksichtigt würde. Die beabsichtigte Bundesratsinitiative biete die Möglichkeit einer einheitlichen Regelung.

Herr Buschmann bewertet den Antrag inhaltlich für nachvollziehbar, hält die unterschiedlichen Beschlüsse der Kommunen auf einen bestehenden Rechtsrahmen aber für fragwürdig. Diese würden zu einer Zersplitterung der Rechtsauffassung führen und seien der Sache nicht dienlich. Er sehe den gemeinsamen Beschlussvorschlag als verständlichen Kompromiss, fordere aber dazu auf, bei solchen Regelungen auch sicherzustellen, dass keine anderen Flächen für Zirkusse mit Wildtieren zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Gugat macht deutlich, dass sich gesellschaftliche Anschauungen im Laufe der Zeit verändern. Am Beispiel von Zurschaustellung von Menschen, die in früheren Zeiten abgehalten worden seien, würden gesellschaftliche Veränderungen sichtbar. Derzeit verändere sich das gesellschaftliche Bewusstsein bezüglich der Darstellung von Wildtieren, dem auf politischer Ebene Rechnung getragen werden sollte.

Herr Bolte bewertet den Antrag als rechtlich schwierig und hätte sich vor einer Beschlussfassung eine rechtliche Stellungnahme gewünscht, werde dem Antrag aber zustimmen.

Beigeordnete Frau Ritschel äußert Sympathie für die Zielrichtung des Antrages. Sie ergänzt, dass die Veterinäre der Stadt Bielefeld schon immer Kontrollen bei Zirkussen mit Wildtieren durchgeführt haben und wenn nötig auch eingeschritten seien. Ein gutes Netzwerk unter den Gemeinden ermögliche den Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Tierhaltung bei den Zirkussen. Darüber hinaus teilt sie mit, dass jeweils ein Gastspiel für die Jahre 2017 und 2018 vertraglich vom Immobilienservicebetrieb abgeschlossen worden seien, die antragsgemäß unberührt bleiben würden.

Beschluss:

Die Stadt Bielefeld stellt, vorbehaltlich der Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit durch die Bezirksregierung Detmold, Unternehmen, die Wildtiere gemäß beiliegender Anlage I mit sich führen oder in Vorstellungen oder in anderer Form darbieten, zukünftig keine Flächen zur Verfügung.

Dies gilt nicht für von der Stadt Bielefeld mit Unternehmen bereits geschlossene Verträge.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Situation der Flüchtlinge in Bielefeld

Herr Fliege berichtet, dass in der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) im Bereich der Pforte, ein DIN A5 Zettel mit der Aufschrift "Wer hier meckert, wird erschossen" angebracht worden sei. Dieser Zettel sei von außen sichtbar gewesen. Er entschuldige sich noch einmal in aller Form dafür. Die Verwaltung habe am Freitagnachmittag, 10.06.2016, durch die Presse von diesem Zettel erfahren. Er wurde daraufhin umgehend entfernt. Zwischenzeitlich seien alle Mitarbeiter der ZAB und des Sicherheitsdiens-

tes, die die Pforte nutzen, befragt worden und hätten sich von dem Zettel distanziert. Er macht noch einmal deutlich, dass der Text in keiner Weise konform mit dem Selbstverständnis der Mitarbeiter in der ZAB sei, die gerade in den letzten Monaten hervorragende Arbeit geleistet hätten.

Herr Jung macht darauf aufmerksam, dass die Ausschussmitglieder in der Vergangenheit mehrfach in der ZAB die Möglichkeit gehabt hätten, sich von der guten Arbeit der Mitarbeiter und deren vernünftigem Umgang mit geflüchteten Menschen, einen Eindruck zu verschaffen.

Frau Adilovic weist darauf hin, dass der Vorstand des Integrationsrates bereits im Oktober 2014 Gespräche mit der Leitung der ZAB geführt habe, in dem der Mangel an Sensibilität und Schulung der Mitarbeiter thematisiert worden sei. Die Unterbringung in Landeseinrichtungen sei nach wie vor schwierig, da Busfahrer und auch Sicherheitskräfte nach wie vor unfreundlich seien. Diese Mängel seien bei der Besichtigung der Einrichtung durch Ausschussmitglieder allerdings nicht erkennbar. Im Namen des Integrationsrates fordert sie die Ausschussmitglieder auf, sich dieser Angelegenheit anzunehmen.

Herr Fliege verwahrt sich dagegen, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Pauschalverdacht zu stellen. Es herrsche ein hohes Maß an Transparenz und wenn Probleme bzw. unfreundliches Verhalten in Einzelfällen auftreten sollten, bittet er darum, sich sofort mit ihm in Verbindung zu setzen. Er werde sich dann umgehend des Sachverhaltes annehmen.

Auf Fragen von Herrn Gugat, Herrn Hood, Frau Bußmann und Frau Gorsler führt Herr Fliege aus, dass die notwendigen Konsequenzen aus den Vorkommnissen gezogen würden. Aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen seien Fortbildungen zurückgestellt worden. In der nächsten Zeit würden wieder verstärkt Fortbildungen abgehalten, in denen interkulturelle Kompetenz vermittelt bzw. aufgefrischt werde.

Herr Jung bedankt sich für den Bericht.

-.-.-

Zu Punkt 7

Bericht über den Arbeitsprozess „Bielefeld integriert – Umgang mit der Flüchtlingszuwanderung“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3302/2014-2020

Herr Jung weist darauf hin, dass der Bericht des Dezernates 5 über die Entwicklung der Flüchtlingszahlen und des Arbeitsprozesses „Bielefeld integriert“ unter TOP 7 zusammengefasst wird.

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über

- den aktuellen Sachstand der Flüchtlingszuwanderung,
- die Arbeit mit den Flüchtlingen und
- die Ergebnisse der vier Fachgruppen von „Bielefeld integriert“

(Anlage 5)

Er teilt u. a. mit, dass derzeit 5 – 10 Personen wöchentlich nach Bielefeld

kommen würden; im Vergleich dazu seien im Monat November 2015 insgesamt 1.000 Personen wöchentlich gekommen. Ab Juli könnte es wieder zu höheren Flüchtlingszahlen kommen. Die Sporthallen werden freigezogen und für den Vereinssport- und Schulsportbetrieb nach den Sommerferien wieder zur Verfügung gestellt. Für den Fall, dass die Flüchtlingszahlen wieder rasant ansteigen, würden zurzeit vier Standorte planerisch so vorbereitet, dass sie innerhalb von drei – vier Monaten als Container-Standorte in Betrieb genommen werden könnten.

Aus dem Arbeitsprozess „Bielefeld integriert“ stellt Beigeordneter Herr Nürnberger exemplarisch einige Schlussfolgerungen aus den Fachgruppen vor und weist darauf hin, dass es zukünftig auch eine fachgruppenübergreifende Themenbearbeitung geben werde.

In diesem Zusammenhang bedankt er sich bei den Beteiligten in den Fachgruppen und der Lenkungsgruppe für die gute Kooperation und für die wohlwollende Unterstützung der Ratsgremien, die durch finanzielle Unterstützung die Maßnahmen ermöglicht hätten.

Herr Weber bedankt sich bei allen Akteuren aus den unterschiedlichen Lebensbereichen, die an dem Arbeitsprozess mitgewirkt haben. Das erzielte Ergebnis sei ein gelungenes Zwischenergebnis, das nun weiterentwickelt werden müsste. Die vielen Aktivitäten der Ehrenamtlichen in den Stadtbezirken seien kaum zu bremsen gewesen, würden zwischenzeitlich aber gut organisiert. Trotz der Vorkommnisse an Silvester 2015/2016, sei die Hilfsbereitschaft der Bielefelder Stadtgesellschaft nach wie vor hoch. Dies müsse erhalten bleiben. Die derzeitigen Zuweisungszahlen könnten ja auch schnell wieder ansteigen.

Frau Gorsler bewertet den Arbeitsprozess als eine sehr transparente Arbeit und bedankt sich bei den unterschiedlichen Akteuren für ihre Mitarbeit. Das Ergebnis mache den sensiblen Umgang mit dem Thema deutlich. Durch den Rückgang der Zuweisungen könne nun die Qualitätsentwicklung in den Vordergrund gerückt werden, um eine Integration der geflüchteten Menschen zu erzielen.

Vor dem Hintergrund, dass die Flüchtlinge langfristig in Wohnungen untergebracht werden sollen und der Entscheidungsprozess über die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte noch offen ist, schlägt sie folgende textliche Ergänzungen in den Handlungsansätzen vor:

Anlage 1, Abschnitt 3, Nr. 4

„Besonderes Augenmerk wird auch auf die intensivere Betreuung der in den Dependancen untergebrachten Flüchtlinge gelegt.“

Anlage 1, Abschnitt 3, Nr. 7

„..., ggf. bis zur etwaigen Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte,...“

Frau Mann schließt sich dem Dank der Vorredner an und stellt klar, dass die in Anlage 1, Abschnitt 3, Nr. 15 aufgeführten 100.000 Arbeitsgelegenheiten nicht nur für Bielefeld, sondern bundesweit und für die nächsten 5 Jahre, vorgesehen seien. Für Bielefeld ergeben sich daraus ca. 50 Arbeitsgelegenheiten.

Frau Adilovic bedankt sich bei allen Akteuren, fordert aber auch dazu auf, die kontinuierliche Zuwanderung von EU-Bürgern und Geflüchteten län-

gerfristig zu betrachten und die einheimische Bevölkerung mit einzubeziehen.

Sitzungsunterbrechung von 18.30 – 18.55 Uhr, anlässlich der Mahnwache vor dem Alten Rathaus.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung bedankt sich Herr Jung bei allen für ihre Teilnahme an der Mahnwache. Aufgrund der bereits fortgeschrittenen Zeit, schlägt Herr Jung nach Rücksprache mit den Dezernenten vor, den TOP 12 „Die Umsetzung der Gesundheitsziele 2010 bis 2015 – Abschlussbericht“ in die nächste SGA-Sitzung am 06.09.2016 zu verschieben. Die Anwesenden sind einverstanden.

Die Beratung zu TOP 7 wird fortgesetzt.

Herr Gugat schließt sich den Ausführungen von Herrn Weber an und unterstreicht die Kommunikationsfähigkeit und –bereitschaft, sowie die Flexibilität der Stadt und der Verwaltung, wenn nicht alles glatt gelaufen sei.

Herr Hood macht deutlich, dass ihm die Bedarfsfeststellung bei den Flüchtlingen in den Handlungsempfehlungen fehle; nur so könnten passgenaue Maßnahmen entwickelt werden.

Auf Fragen von Frau Mann, Frau Adilovic und Herrn Hood führt Beigeordneter Herr Nürnberger aus, dass die in der Vorlage aufgeführten 20 Punkte die Schlussfolgerungen der Verwaltung darstellen, die auf einem großen Konsens der Fachgruppen beruhen. Eine Fortführung des Bürgerdialoges sei geplant und zur Stärkung der Quartiersarbeit sei die Bildung von Runden Tischen sehr wichtig. Zur Stärkung der Zusammenarbeit von ehren- und hauptamtlichen Akteuren und mehr Transparenz sei die Erstellung einer Angebotskarte beabsichtigt. Die Geflüchteten seien die „neuen Migranten“ und Ziel sei es, sie stärker in das Regelsystem einzubinden. Beim Aufbau von tagesstrukturierenden Maßnahmen seien die Flüchtlinge bereits in den Unterkünften, im Rahmen eines Fragebogens und von Gesprächen, nach ihren Bedarfen befragt worden. Das Kommunale Integrationszentrum und das Dezernat 5 bewerteten das Handlungskonzept „Bielefeld integriert“ als gelungene Konkretisierung des Integrationskonzeptes.

Herr Korbmacher weist eindringlich darauf hin, dass man mit dem Handlungskonzept am Anfang eines Prozesses stehe und nun die Integration der Geflüchteten im Vordergrund stehe. Auch zukünftig sei die intensive Begleitung durch die Politik notwendig, um Akzente zu setzen. In den Fachgruppen sei man sich nicht an allen Stellen einig gewesen; es sei auch konstruktiv gestritten worden. Die Befragung per Fragebogen werde um einen Monat verlängert, da die bisherigen 100 Rückmeldungen nicht ausreichend erscheinen. Darüber hinaus seien qualifizierte Interviews geplant, um eine erfolgreiche Partizipation zu erzielen.

Frau Bußmann bekräftigt die Anerkennung für die umfangreiche Arbeit an

dem Konzept, das die Handlungsfelder aufzeige. Darüber hinaus macht sie auf eine sich ändernde Stimmungslage in der ärmeren Bevölkerungsschicht aufmerksam, die für ihre eigene Misere die Flüchtlinge verantwortlich machen, weil z. B.

- niemand mehr an der Tafel angenommen wird
- Sozialwohnungen fehlen
- Unterstützung bei Behördengängen fehlt etc.

Unabhängig davon, ob es zutrifft: Sie fordert dazu auf, sich diesem Themenfeld anzunehmen und dem entgegen zu wirken.

Anlässlich des Internationalen Tages der Geflüchteten verweist Herr Gugat auf die Veranstaltung „Geflüchtete willkommen in Bielefeld“, am 19.06.2016, von 14.00 – 18.00 Uhr auf dem „Tor 6-Gelände“ vor dem Theaterlabor Tor 6 hin und lädt die Ausschussmitglieder dazu ein.

Sodann fordert Herr Jung die Anwesenden auf, über die Ergänzungsvorschläge von Frau Gorsler und die Beschlussvorlage der Verwaltung abzustimmen.

Beschluss über die Ergänzung der Handlungsansätze Nr. 4 und 7 (siehe Abschnitt 3 der Anlage 1):

Der SGA beschließt folgende Ergänzungen:

Unterbringung und Versorgung

4.

Die sozialarbeiterische Betreuung wird weiterhin und verstärkt sozialräumlich ausgerichtet. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Unterstützungsstrukturen vor Ort und die Betreuung der dezentral untergebrachten geflüchteten Menschen. Die Sozialarbeiterinnen und die Sozialarbeiter suchen aktiv den Kontakt mit den Nachbarschaften. **Besonderes Augenmerk wird auch auf die intensivere Betreuung der in den Dependenzen untergebrachten Flüchtlinge gelegt.** Ein Betreuungsschlüssel von 1:120 soll in Zukunft nicht mehr unterschritten werden.

7.

Die Integration der geflüchteten Menschen in das Regel-Gesundheitssystem wird weiter verfolgt. Dazu erfolgt in den Stadtteilen und auf gesamtstädtischer Ebene ein enger Austausch insbesondere mit den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten. Das Leistungsrecht nach AsylbLG wird, **ggf. bis zur etwaigen Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte**, vom Sozialamt so unbürokratisch wie möglich und im Sinne einer angemessenen Versorgung umgesetzt. Dazu gehören auch Angebote zur Gesundheitsberatung. Die Zugänge zu professioneller Hilfe für traumatisierte geflüchtete Menschen müssen unbürokratisch und zeitnah gewährleistet werden. Dabei kommt dem Einsatz von geeigneten Dolmetscherinnen und Dolmetschern eine hohe Bedeutung zu. Die Verwaltung prüft, wie die Zusammenarbeit mit Angeboten des Gesundheitssystems und von freien Trägern weiterentwickelt werden kann.

- einstimmig beschlossen -

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss, unter Berücksichtigung der beschlossenen Ergänzungen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss nimmt den Bericht über den Arbeitsprozess „Bielefeld integriert“ Anlage 1 und die Berichte der Fachgruppen (Anlage 2) zur Kenntnis.
2. Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die im Abschnitt 3 der Anlage 1 genannten Handlungsansätze aufzunehmen und den Fachausschüssen regelmäßig über die Umsetzung zu berichten.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

**Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes
„Diversität, Partizipation und Integration – Konzept für Bielefeld“**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3236/2014-2020

Frau Grewe informiert über die Weiterentwicklung des im Jahr 2010 vom Rat beschlossenen Integrationskonzeptes (**Anlage 6**).

Die große Zuwanderung habe eine große Herausforderung dargestellt.

Sie erläutert beispielhaft einige Handlungsempfehlungen aus den sechs Arbeitsgruppen und teilt mit, dass alle Arbeitsgruppen die Auffassung vertreten, dass das in 2010 beschlossene Leitbild weiterhin Bestand habe.

Auf Nachfrage von Herrn Gugat führt Frau Grewe aus, dass die ehrenamtliche Arbeit, im Vergleich zur Unterstützung von Geflüchteten, bei der langfristigen Integration nicht so eine große Relevanz habe; deshalb werde sie auch nicht im Integrationskonzept abgebildet.

Herr Weber bewertet das Integrationskonzept als gelungenes Konzept, das auf Langfristigkeit ausgerichtet sei.

Beschluss:

Das weiterentwickelte Integrationskonzept „Diversität, Partizipation und Integration – Konzept für Bielefeld“ wird verabschiedet als „Querschnittskonzept“ und Grundlage der zukünftigen kommunalen Integrationsarbeit und –förderung als eine (gesamt-) gesellschaftliche und kommunale Aufgabe.

Die Stadt Bielefeld befürwortet die Beachtung und Umsetzung der Handlungsfeld bezogenen Ziele und Maßnahmenvorschläge um Chancengleichheit zu fördern und eine Anerkennungskultur zu ver-

ankern.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9

Einrichtung eines Vergabegremiums für die Verteilung von Projektmitteln aus dem Verfügungsfonds des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2975/2014-2020/2

Ohne Aussprache fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der SGA wählt, auf Vorschlag der Fraktionen, folgende drei stellvertretende Mitglieder der kommunalpolitischen Vertreter des Vergabegremiums:

1. Frau Marlis Bußmann (Die Linke)
2. Herr Friedhelm Bolte (BfB)
3. Herr Harald Buschmann (FDP)

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Wohnungsmarktbarometer 2016

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3205/2014-2020

Herr Metzger gibt einen Überblick über die Stimmung am Bielefelder Wohnungsmarkt 2016 (**Anlage 7**). In fast allen Segmenten sei eine Marktanspannung zu verzeichnen. Die Investitionsbereitschaft nehme zu, demgegenüber stehe ein Anstieg der Mieten und der Baugrundstückskosten. Bielefeld liege bei der Marktanspannung deutlich über dem landesweiten Durchschnitt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 11

Freiwillige Rückkehrer -Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der CDU-Fraktion (Drucks.-Nr. 2984/2014-2020)

Herr Maschmeier führt aus, dass die in der Antwort aufgeführten Zahlen der Rückkehrer auf händisch geführte Listen zurückzuführen sind. Das

Jahr 2015 könne als Jahr des Ankommens bewertet werden. Die Rückkehrerzahlen haben sich 2015 nicht stark verändert. Im Gegensatz dazu seien bis zum heutigen Tag in 2016 bereits 163 Personen freiwillig ausgereist. In 2016 werde mit einer Verdreifachung der freiwilligen Rückkehrer gerechnet. Es werde sichtbar, dass das Landesamt nunmehr auch Entscheidungen über den Verbleib der Flüchtlinge treffe.

Bei den Abschiebungen handele es sich größtenteils um Häftlinge und nicht um abgelehnte Asylbewerber.

Herr Maschmeier teilt mit, dass die Zahl der ausreisepflichtigen Personen bei 790 (Stand: 14.06.2016) liege. Es gebe vielfältige Gründe, die eine nicht vollziehbare Ausreisepflicht hervorrufen. Das Vorliegen der Hemmnisse werde engmaschig überprüft.

Fragen von Frau Adilovic werden beantwortet.

-.-.-

Zu Punkt 12 **Die Umsetzung der Bielefelder Gesundheitsziele 2010 bis 2015**
- Abschlussbericht

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3297/2014-2020

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 13 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Herr Jung stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Jung
(Sitzungsleiter)

Krumme
(Schriftführerin)